



AMERIKA/BOLIVIEN - Regierung beschließt doppeltes dreizehntes Monatsgehalt: Kirche äußert sich besorgt

La Paz (Fidesdienst) – “Als Kirche verstehen wir die Sorgen der Bevölkerung und das Streben danach, das eigene Einkommen und damit die Lebensbedingungen zu verbessern, doch gerade, weil dieses Anliegen so wichtig ist, müssen Maßnahmen dazu sorgfältig geplant werden, damit Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit garantiert werden können”, so die Bolivianische Bischofskonferenz in einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, zu den Sorgen der Menschen im Hinblick auf den Beschluss der Regierung ein doppeltes dreizehntes Monatsgehalt für alle Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor zu gewähren. “Da nach Ansicht der Behörden ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen”, heißt es in dem Dokument, “dann müsste zum Beispiel der Staat im Falle von gemeinnützigen Organisationen für diesen Bonus aufkommen”.

Zur derzeitigen öffentlichen Debatte zu diesem Thema äußerte sich auch Kardinal Julio Terrazas, der beklagt, dass ein doppeltes dreizehntes Monatsgehalt nicht für Rentner vorgesehen ist.

Die Bolivianische Bischofskonferenz ist unterdessen auch im Hinblick auf soziale Einrichtungen besorgt: “Wir möchten daran erinnern, dass die Situation vieler Wohltätigkeitseinrichtungen im sozialen Bereich, die sich in kirchlicher Trägerschaft und in Trägerschaft anderer Organisationen befinden, den Staat in wichtigen Bereichen, wie zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungswesen und bei sozialen Dienstleistungen unterstützt. Diese Einrichtungen tun bereits ihr Möglichstes das sie mit ihrem Finanzhaushalt und ihren Abgaben zurecht kommen und wahren in großen Schwierigkeiten, wenn sie dieses Dekret umsetzen müssten, was auch bedeuten könnte, dass sie auf ihre Dienstleistung verzichten müssten, was unter der Bevölkerung große Schäden verursachen würde”. (CE) (Fidesdienst, 27/11/2013)